

Sehr verehrte Damen und Herrn, wehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Es ist fast genau ein Jahr her seitdem uns die Pandemie im Griff hat. Mit Einschränkungen in allen Lebensbereichen. Jetzt ist das rettende Ufer nah. Impfungen machen es möglich. Ich persönlich kann nicht verstehen, warum man dieses rettende Ufer nicht erreichen will. Je mehr Menschen geimpft sind desto schneller sind auch wir durch diese Krise - Geschäfte können wieder öffnen, Betriebe können wieder produzieren und Menschen aus Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wieder in Vollarbeit bringen. Je länger alles dauert, desto mehr Geschäfte werden wohl nicht mehr öffnen und Menschen stürzen in den sozialen sowie finanziellen Abgrund. Die Folgen für alle wären verheerend.

Wenn es bei der Verabreichung des Impfstoffes zu körperlichen Reaktionen kommt, ist das gut. Es zeigt, dass der Körper den Feind erkannt hat. Ich **persönlich** bin in diesem Zusammenhang für eine Impfpflicht. Das ist nach meiner Auffassung Staatsbürger- und Christenpflicht um Schaden von meinem Nächsten fernzuhalten.

Außerdem, so ganz neu ist die Diskussion nicht. Erinnern wir uns an die Pockenschutzimpfungen – die hatten teilweise recht heftige körperliche Reaktionen-, Masernschutzimpfung oder Kinderlähmung

Schluckimpfung ist süß, Kinderlähmung ist grausam,

wer kann sich nicht an diesen Slogan erinnern, zumindest die in meinem Alter.

Das Ergebnis ist aber eindeutig, es gibt diese Krankheiten nur noch vereinzelt und bei den Pocken in der Regel von außen eingeschleppt.

Dies soll uns/Ihnen allen nur aktuell die allgemeine Lage vor Augen führen.

Heute reden wir jedoch über den Haushalt der aufgestellt wurde, als wäre alles normal und nach Beendigung des Lockdowns würden alle wieder öffnen, die Menschen gehen zur Arbeit, Einkaufen, konsumieren wieder normal. Dies ist mit nichten so. Niemand weiß, ob bzw. wie viele Geschäfte überhaupt wieder aufmachen und wenn ja, wie lange. Seriöse Wirtschaftsinstitute gehen davon aus, dass ca. 60.000 Betriebe nicht mehr öffnen werden, was auch extreme Auswirkungen auf viele andere Branchen hat.

Es ist nicht davon auszugehen, dass Bad Münstereifel davon verschont bleibt!

Da helfen auch buchhalterische Tricks nichts. Mindereinnahmen und Mehrausgaben als Einnahmen zu verbuchen und über einen längeren Zeitraum abzuschreiben. Das ist schon sehr kreativ.

Ich weiß nicht was derjenige geraucht hat, der sich das ausgedacht hat!

Dies alles macht den vorliegenden Haushalt zu einer netten Geschichte, die aber letztendlich mit der Realität der nächsten Jahre nicht mehr viel zu tun haben wird.

Bei der Einführung des NKF wurde stets betont, dass hier ein sehr viel höheres Maß an Vertrauen notwendig ist, als beim alten kameralen System.

Lassen Sie uns das Thema Vertrauen einmal näher beleuchten.

Nehmen wir das Beispiel „Kirchner-Grundstück“. Hier tauchte im vergangenen Jahr auf einmal eine Vorlage auf das Grundstück zu veräußern. Allerdings zu einem **sehr!!** geringen Preis.

Ohne vorherige Ausschreibung an einen Privatmann der mit seiner Firma einige Projekte in Bad Münstereifel umgesetzt hat.

Die Begründung für den plötzlichen Verkauf: Es gäbe keine anderen Interessenten und es müsste ja noch ein B-Plan erstellt werden.

Seltsamerweise gab es dann noch einen weiteren Bieter der fast das doppelte für das Grundstück bot,

-auch ohne Plan-!

Die Reaktion der Verwaltung darauf war schon sehr interessant anzusehen. Statt sich zu freuen, gab es Vorwürfe.

Ein weiteres Beispiel ist das eingetragene Denkmal -Kurhauswäldchen -. Noch so ein merkwürdiger Verkauf. Diesmal an einen Stadtbekanntem Investor.

Die Begründung dazu war, dass die Stadt die Unterhaltungskosten sparen könnte -nicht das in den letzten Jahrzehnten dort etwas gemacht worden wäre-. Wie aus dem Umfeld des Investors zu erfahren war, sollte dieses Grundstück u.a. dazu genutzt werden eine Baustraße darüber zu

führen. Auch dieser Verkauf sollte übrigens ohne Ausschreibung erfolgen.

Im nächsten Beispiel kommt der für uns zuständige Bundestagsabgeordnete Detlef Seif nach Bad Münstereifel um über Waldschäden zu sprechen. Der zuständige Fachausschussvorsitzende wird nicht nur nicht eingeladen, sondern erfährt von dem Termin lediglich aus der Zeitung davon.

Oder was passiert in Sachen Friedwald? Vor zwei Jahren teilt Friedwald in einem Gespräch mit der Bürgermeisterin mit, dass sie mit privaten Waldbesitzern im Gespräch sind um einen weiteren Standort zu eröffnen. Weder der zuständige Ausschuss noch der Vorsitzende wurden damals darüber informiert. Jetzt gab es, auf ein Schreiben hin, eine schriftliche Mitteilung, dass ein solches Gespräch nicht geführt wurde. Wem oder was soll man glauben?

Ein interessantes Thema betrifft barrierefreies Wohnen in Schönau. Zwei Vorhaben. Beide in Terrassenbauweise mit ähnlichem Volumen. Fast identische Umgebungsbebauung. Ein Vorhaben/Projekt wird unterstützt, das andere jedoch nicht. Warum?

Dies ist nur ein kleiner Auszug an Beispielen. Es gäbe noch mehr zu nennen.

Ein polarisierendes Thema ist dann noch das Thema Windkraft in Nöthen. Und es geht hier nicht um Windkraft grundsätzlich, sondern nur um den Ablauf dort. Den ganzen Kanonendonner, das Schlachtgeschrei und die Verneblungen beiseitegeschoben bleiben 4 nachweisliche Punkte.

1. Im Januar 2020 war klar, dass die Windkraft - Anlagen dort kommen.
2. Im Stadtentwicklungsausschuss im März stand das Thema Windenergie zur TO und Nöthen wurde mit keinem Wort erwähnt.
3. Vor der Wahl hat die Bürgermeisterin Nöthener Bürgern versichert, dass keine Anlagen kämen.
4. Kurz nach der Wahl sollte innerhalb von nur drei Wochen ein Pachtvertrag für die betreffenden Flächen abgeschlossen werden.

Ein Vertrag übrigens, von dem nur Eckpunkte benannt wurden. Bis heute kein Entwurf eines vollständigen Vertrags.

Es hätte zu vielen Themen die Möglichkeiten einer Planungskommission oder eines interfraktionellen Gespräches gegeben. Diese wären einfach und Corona konform möglich gewesen. Wenn sich schon jemand Transparenz und vertrauensvolle Zusammenarbeit auf die Fahne schreibt, wäre das -auch in diesen Zeiten- die möglich gewesen.

Frau Bürgermeisterin, Sie haben in einer Rede Teile meiner letzten Haushaltsrede zitiert.

"Im Internet eine Hasstirade zu posten, ist noch keine politische Debatte."

(Bundespräsident Gauck)

Weiterhin haben wir auch das folgende gesagt:

Frei agieren heißt in der Demokratie dass:

- **Andersdenkende überzeugen wollen, aber sich selbst vielleicht auch überzeugen lassen**
- **Erkennen, dass man vieles nicht alleine schafft- und deshalb Verbündete finden, Gegensätze zum Ausgleich bringen und Zugeständnisse machen.**
- **Die Fähigkeit zu Kompromissen ist keine Schwäche, sondern die Stärke der Demokratie**
- **Engagiert euch auch in Parteien obwohl es anstrengend ist- nein, weil es anstrengend ist. Politik ohne Anstrengung ist Rechthaberei.**
- **Politik mit Mühe ist Demokratie**

(Bundespräsident Frank Walter Steinmeier)

Auch und gerade zu diesen Aussagen stehen wir!

Allerdings ist dies keine Einbahnstraße, sondern gilt für alle Seiten. Und eine harte politische Diskussion ist keine Hasstirade, sondern eine Demokratische Notwendigkeit. Wenn alle immer einer Meinung wären, hätten wir Nordkoreanische Verhältnisse. Für Demokraten eine Horrorvorstellung. Und ja, ab und an ist diese Diskussion auch mal emotional. Aber wie mein Großvater schon sagte:

Wer sich nicht verbrennen will, darf nicht in die Küche gehen!

Aber um eine demokratische Debatte führen zu können, müssen alle Informationen auf den Tisch um eine hierfür unabdingbare

Transparenz

herzustellen.

Und genau dies findet nicht statt.

Die Informationsbeschaffung erfolgt auch durch Anträge und Anfragen. Es gibt eine Reihe von Antworten, da fühlen wir uns fast wie die Göttinger sieben. Für diejenigen, denen diese nicht geläufig sind, ein Kurzabriss.

Als 1837 König Ernst August I. in Hannover die Verfassung aufhob, protestierten sieben Göttinger Professoren dagegen, darunter Wilhelm Eduard Albrecht aus Elbing in Preußen. Von dort schrieb ihm im Namen seiner Mitbürger John Prince-Smith eine Solidaritätserklärung, zu der auch der preußische Innenminister Gustav von Rochow Stellung nehmen sollte. Er tat dies durch seinen Mitarbeiter Ferdinand Conrad Seiffart. In der Missbilligung formulierte dieser, dass es sich für einen *Unterthanen* nicht zieme,

„die Handlungen des Staatsoberhauptes an den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen“.

Doch nochmal zum Thema Windkraft. Da es sich hier um eine grundsätzliche und Richtungsweisende Entscheidung handelt, sind wir absolute Befürworter eines Bürgerentscheids. Und wir werden uns dieser Entscheidung -ohne wenn und aber- beugen. Was in der Schweiz seit Jahrhunderten funktioniert, sollte doch auch bei uns möglich sein. Wenn sich hier jemand in seinen Entscheidungen beschnitten fühlt, sollte derjenige einmal überlegen, wer der Souverän in einer Demokratie ist.

Die UWV Bad Münstereifel hat in den vergangenen Jahren den jeweiligen Haushalten zugestimmt. Oft mit massiven Bauchschmerzen. Aber bisher auch immer im Vertrauen darauf, dass uns alle für die Entscheidung notwendigen Informationen vorlagen. Insbesondere im Laufe des vergangenen Jahres hat sich dieses Vertrauen auf fast Null reduziert. Sehr traurig und bedenklich!

Aus den ausgeführten vorgenannten Gründen werden wir diesem Haushalt nicht zustimmen.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit! Es gilt das gesprochene Wort!

